



AKTUELLES AUS DEM LANDTAG

JUNI 2018



CDU FRAKTION IM
HESSISCHEN LANDTAG

Hessen ist attraktiver Arbeitgeber für Lehrkräfte und erfolgreicher Arbeitgeber im bundesweiten Wettbewerb um beste Köpfe

- Reduzierung der Wochenarbeitszeit, Besoldungserhöhung um 4,2 Prozent und Landesticket sind Anerkennung für engagierte Arbeit der Lehrkräfte
- Massive Steigerung der Bildungsausgaben sorgt in Hessen für kleinere Klassen und bessere pädagogische Rahmenbedingungen
- Funktionäre der Lehrgewerkschaft GEW setzen sich nicht für Lehrer ein, sondern agieren als Wahlkampfhelfer der Linkspartei

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie auf Seite 4 in dieser Ausgabe.

ARMIN SCHWARZ MdL

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

seit 2011 darf ich Sie und Ihre Interessen im Wahlkreis 5 (Waldeck-Frankenberg I) im Hessischen Landtag vertreten.

Als schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion bin ich im Besonderen für alle bildungspolitischen Fragen zuständig. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mir zu diesem, aber auch zu anderen Themen der Landespolitik Ihre Meinung mitteilen würden. Für mich als Landtagsabgeordneter sind Sie wichtige Ansprechpartner in allen Fragen der Politik. Treten Sie daher mit mir und meinem Wahlkreisbüro in Korbach in Kontakt, damit ich Sie in Wiesbaden mit meiner Stimme entschlossen vertreten kann. Gerne können Sie mich aber auch persönlich ansprechen, vereinbaren Sie dazu am besten einen Termin mit meinen Mitarbeitern (Tel.: 05631/503330).

Nutzen Sie die Gelegenheit, mit Hilfe des Newsletters mehr über meine Arbeit in Wiesbaden zu erfahren.

Erfahren Sie mehr über mich auch auf:
www.armin-schwarz.de oder  facebook.com/schwarz.armin

Ihr



Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne stelle ich Ihnen heute die neue Ausgabe „Aktuelles aus dem Landtag“ vor.

Mit diesem Format informieren wir Sie regelmäßig über unsere Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger im Hessischen Landtag. Unter anderem haben wir uns mit folgenden Themen beschäftigt:

Wir gehen den „Hessischen Weg“ erfolgreich weiter – Erstaufnahmeeinrichtung Gießen erfüllt die Anforderungen der bundesweit geplanten Anker-Zentren, darum halten wir an der erfolgreichen Durchführung fest. Sicherheit hat für uns oberste Priorität – mit der Sicherheitsinitiative KOMPASS wollen wir die Kommunen noch sicherer machen. Wir haben eine gute Lösung bei den Straßenbeiträgen für die Kommunen gefunden – in Zukunft können sie selbst entscheiden, ob Straßenbeiträge erhoben werden oder nicht.

Wenn Sie mehr erfahren wollen, empfehle ich Ihnen diese interessante Lektüre weiterzulesen. Für weitere Informationen können Sie unsere Internetseite unter www.cdu-fraktion-hessen.de besuchen sowie Anregungen, Fragen oder Rückmeldungen an cdu-fraktion@ltg.hessen.de richten.

Mit freundlichen Grüßen

Holger Bellino
Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG OHNE ZWANG

WIR HABEN EINE GUTE LÖSUNG BEI DEN STRASSENBEITRÄGEN GEFUNDEN

Die Erhaltung der kommunalen Straßen und die Beitragserhebung sind Aufgaben der Kommunen und unterliegen in ihrer Ausgestaltung der Entscheidungskompetenz der politischen Mandatsträger vor Ort. Das möchten wir – auch im Sinne einer generationengerechten Haushaltspolitik – beibehalten. Zu dieser Entscheidungsfreiheit gehört aber auch die Möglichkeit selbst zu entscheiden, mit welchen Mitteln die Straßen saniert werden sollen.

Im Interesse der Grundstücksbesitzer und der Kommunen haben wir eine gute Lösung bei den Straßenbeiträgen gefunden: Für Anwohnerinnen und Anwohner, die von hohen Beitragsrechnungen belastet werden, wurden die Zahlungsabläufe verbessert und die Anlieger so entlas-

tet. Eine Ratenzahlung ist möglich, sie kann auf 20 Jahre gestreckt werden, bei sinkenden Zinsen. Außerdem fördern wir Kommunen die von einmaligen auf wiederkehrende Straßenbeiträge umstellen pauschal mit 20.000 Euro pro Abrechnungsgebiet.

„Deswegen sollen die Kommunen ab jetzt selbst entscheiden, ob sie Straßenbeiträge erheben wollen.“



Alexander Bauer, Innenpolitischer Sprecher

DIE KERNPUNKTE:

- Die Kommunen entscheiden selbst, ob sie Straßenbeiträge erheben wollen – „soll“ wird zu „kann“.
- Auch defizitäre Kommunen sind frei in der Finanzierung ihrer Straßensanierung – kein Zwang zur Erhebung von Straßenbeiträgen bei Defiziten im Haushalt.
- Erhebliche Verbesserungen/Entlastungen für die Menschen: Ein Recht auf Ratenzahlung, Verlängerung der Raten auf 20 Jahre und niedrigere Zinsen.
- Kommunen können selbst entscheiden, ob sie die Straßenbeiträge „einmalig“ oder „wiederkehrend“ erheben.
- Kommunen, die wiederkehrende Straßenbeiträge erheben wollen, greifen wir finanziell unter die Arme – wir fördern die Umstellung pauschal mit 20.000 Euro pro Abrechnungsgebiet für die Kommunen.
- Wir vereinfachen die Einführung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen – bisher müssen die Abrechnungsgebiete für die wiederkehrenden Straßenbeiträge durch einen „funktionalen Zusammenhang“ verbunden sein, diese Voraussetzung streichen wir.

DIE SICHERHEITSINITIATIVE KOMPASS SORGT FÜR NOCH MEHR SICHERHEIT SICHERHEIT HAT FÜR DIE CDU-FRAKTION OBERSTE PRIORITÄT

Mit der bundesweit einmaligen kommunalen Sicherheitsinitiative KOMPASS (KOMMunalProgrAmm) werden passgenaue Sicherheitskonzepte für die einzelnen Kommunen erarbeitet und umgesetzt.

”Damit dies auch gelingt, ist die gemeinsame Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Polizei und Bürgern vor Ort wichtig.“

Mit den örtlichen Sicherheitspartnern sowie den Bürgerinnen und Bürgern können individuelle Lösungsansätze für mehr Sicherheit erarbeitet und ständig angepasst werden. Mit dem KOMPASS können detaillierte Sicherheitsanalysen und passgenaue Lösungen für eine Problemsituation durchgeführt werden. Im Schwerpunkt steht hierbei die Präventionsarbeit in den

Bereichen Verkehr, Jugend, Senioren, Videoüberwachung sowie das Programm „Schutzmann vor Ort“, das wir mit 30 neuen Stellen aufgestockt haben.

In den vier bisherigen Modellkommunen Hanau, Bad Homburg, Schwalbach am Taunus und Maintal war die Sicherheitsinitiative bereits erfolgreich – wir wollen noch mehr Kommunen sicherer machen. Dass wir mit dem KOMPASS auf dem richtigen Weg sind, beweisen objektive Sicherheitskennzahlen aus Statistiken:

”Hessen liegt bundesweit auf Platz 3 der Bundesländer mit der niedrigsten Kriminalitätsbelastung.“

Holger Bellino, Parlamentarischer Geschäftsführer



WIR GEHEN DEN HESSISCHEN WEG ERFOLGREICH WEITER

ERSTAUFNAHME IN GIESSEN IST ERFOLGREICH – ASTRID WALLMANN Mdl

In Hessen gibt es bereits eine gut funktionierende Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen, in dieser werden Flüchtlinge erfasst sowie die Integration anerkannter Asylbewerber und die Rückführung von abgelehnten Ausländern unterstützt.

”Damit erfüllt der ‚Hessische Weg‘ schon heute die Kernaufgaben der bundesweit geplanten Anker-Zentren.“

In Gießen werden alle Maßnahmen zur Erstaufnahme von Asylsuchenden wie die Registrierung, die erkennungsdienstliche Behandlung, die Maßnahmen zur Identitätssicherung, die medizinische Erstuntersuchung sowie die Asylantragstellung an einem Standort gebündelt. Nach dem dreitägigen Registrierungsprozess erfolgt bei allen Asylsuchenden in der Regel am dritten Tag nach ihrer Ankunft die formelle Asylantragstellung. In einigen Fällen kann bereits eine Ent-

scheidung über das Asylbegehren seitens des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge getroffen werden. Dadurch ist die beschleunigte Durchführung von Asylverfahren bereits jetzt gewährleistet. Die durchschnittliche Verfahrensdauer in Hessen liegt mittlerweile deutlich unter dem Bundesdurchschnitt bei nur 2,4 Monaten.

”Der ‚Hessische Weg‘ ist erfolgreich, effektiv und zukunftsfähig.“

HESSEN IST ATTRAKTIVER ARBEITGEBER FÜR LEHRKRÄFTE UND ERFOLGREICHER ARBEITGEBER IM BUNDESWEITEN WETTBEWERB UM BESTE KÖPFE

Hessen ist attraktiver Arbeitgeber für Lehrkräfte und erfolgreicher Arbeitgeber im bundesweiten Wettbewerb um beste Köpfe

„Hessen ist ein attraktiver Arbeitgeber für Lehrkräfte und ein erfolgreicher Arbeitgeber im bundesweiten Wettbewerb um die besten Köpfe. Die CDU-geführte Landesregierung hat engagiert und tatkräftig gehandelt und mit einer ganzen Reihe von konkreten Maßnahmen und Investitionen dafür gesorgt, dass das Land Hessen seinen Lehrkräften auch weiterhin bestmögliche Arbeitsbedingungen bietet. So wurde zum 1. August 2017 die Wochenarbeitszeit der Beamten um eine Stunde von 42 auf 41 reduziert. Alleine zum Ausgleich für diese Arbeitszeitreduzierung hat die Landesregierung rund 600 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Zugleich wurden die Bezüge der Beamten am 1. Juli 2017 um zwei Prozent und am 1. Februar 2018 um nochmals 2,2 Prozent erhöht. Darüber hinaus erhalten alle verbeamteten und angestellten Lehrkräfte seit dem 1. Januar 2018 ein in ganz Deutschland einzigartiges Landesticket für den öffentlichen Nahverkehr, das auch die Partner und Kinder einschließt. An diesen Taten lassen wir uns gerne messen.

SPD-geführte Bundesländer haben demgegenüber geringere Besoldungsanpassungen vorgenommen, Sonderzahlungen erheblich reduziert beziehungsweise ganz abgeschafft oder gewähren bei neu eingestellten Beamten über längere Zeit nur ein abgesenktes Grundgehalt. Im benachbarten Rheinland-Pfalz beispielsweise erhalten Lehrer in der Einstiegsstufe

der A13-Besoldung rund 4.000 Euro pro Jahr weniger als in Hessen. Der Landesgeschäftsführer des Verbandes Bildung und Erziehung hat daher bereits im Dezember 2017 gegenüber der Mainzer Allgemeinen Zeitung erklärt: ‚Außerdem werden schon die Referendare in Hessen besser bezahlt als in Rheinland-Pfalz, deshalb wandern viele ab.‘ Sogar der rheinland-pfälzische GEW-(!)-Vorsitzende Klaus-Peter Hammer hat diese Feststellung im Januar 2018 gegenüber der dpa bestätigt: ‚Hessen und Nordrhein-Westfalen zahlen eindeutig besser als Rheinland-Pfalz.‘ Das Land Hessen ist somit offenkundig nicht nur ein attraktiver Arbeitgeber für Lehrkräfte, sondern auch ein erfolgreicher Wettbewerber im bundesweiten Kampf um die besten Köpfe für unsere Schulen.

Dass die SPD ihre in zwanzig Jahren eingeübte Oppositionsrhetorik eifrig weiterpflegt und die Sachlage außer Acht lässt, mag der Rolle einer Oppositionspartei entsprechen. Die Funktionäre der Lehrergewerkschaft GEW setzen sich schon längst nicht mehr für die Lehrer ein, sondern agieren als Wahlkampfhelfer der Linkspartei. Dazu passt es ins Bild, wenn die demokratisch legitimierte Parlamentsarmee der Bundeswehr diffamiert und diskreditiert wird. Wenn die GEW in dieser Woche den Wahlkampf eröffnet und mit ihren als ‚Aktionstagen‘ getarnten Propagandaveranstaltungen für ein Linksbündnis in Hessen trommelt, dann sollte jedem Lehrer auch bewusst sein, woran er sich beteiligt: An einer GEW-Kampagne für die Abschaffung der Verbeamtung von Lehrkräften, für die

JUNI
12

12. Juni 2018
Hessenfest in der Landesvertretung in Berlin

JUNI
13

13. Juni 2018
Besuch einer der Hoover-Schule in Berlin

JUNI
16

16. Juni 2018
Landesparteitag



Abschaffung von Förderschulen, für die Abschaffung eines leistungsgerecht differenzierten Schulsystems und für größere und heterogenere Klassen mit weitaus schlechteren pädagogischen Rahmen- und Unterrichtsbedingungen.

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie auf meiner Homepage.



Am 22. Mai waren das Hessentagspaar Lisa-Marie Fritzsche und Lukas Goos zusammen mit Bürgermeister Klaus Friedrich zu Gast im Hessischen Landtag in Wiesbaden und haben für den Hessentag in Korbach geworben.

Herausgeber:

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 - 350 534 | Telefax: 0611 - 350 552
E-Mail: cdu-fraktion@ltg.hessen.de
Armin Schwarz MdL
Wahlkreis Waldeck-Frankenberg I
Hagenstraße 3a | 34497 Korbach
Tel.: 05631 - 50 33 30 | Fax: 05631 - 50 33 32
a.schwarz@ltg.hessen.de
www.armin-schwarz.de
Fotos: Scarlett Rüger, Julia Hartmann, cdu.de, cduhessen